

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, Norbert
Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2670 –**

Weichen stellen für eine bessere Beschäftigungspolitik – Wachstumsprogramm für Deutschland

A. Problem

Eingeständnis des Scheiterns in allen beschäftigungsrelevanten Politikbereichen und Ermöglichung eines Neuanfangs, Kostenentlastung der Wirtschaft, keine Ausbildungsplatzabgabe und weitere Steuerbelastungen, Abbau des Verwaltungsaufwands, Forschungsförderung, Konzept zur Energiepolitik; Änderung gesetzlicher Regelungen zu Einkommensteuer, Tarifrecht, Kündigungsschutz, Teilzeit- und Leiharbeit, Betriebsverfassung, Frühverrentung, statistischen Auskunftspflichten, Jugendarbeitsschutz, Berufsausbildung, Gemeindefinanzen, Rechtsaufsicht der Bundesagentur für Arbeit (BA), Niedriglohnsektor, Ladenöffnungszeiten, strukturschwachen Regionen und zur Bekämpfung von Schwarzarbeit.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/
CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/2670 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Juni 2004

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Fritz Kuhn
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Fritz Kuhn

I. Überweisungen, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Überweisungen

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/2670 in seiner 102. Sitzung am 1. April 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** (51. Sitzung am 16. Juni 2004), der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** (66. Sitzung am 30. Juni 2004), der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** (50. Sitzung am 30. Juni 2004) und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (37. Sitzung am 28. April 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Innenausschuss** (41. Sitzung am 30. Juni 2004), der **Rechtsausschuss** (53. Sitzung am 30. Juni 2004), der **Finanzausschuss** (65. Sitzung am 30. Juni 2004), der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (36. Sitzung am 30. Juni 2004), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (38. Sitzung am 5. Mai 2004) und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (48. Sitzung am 26. Mai 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in seiner 62. Sitzung am 30. Juni 2004 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU ist die Bundesregierung in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz-, Verkehrs- und Sozialpolitik gescheitert. Die ökonomischen Daten zeigten, dass keines der Reform-

module der Hartz-Kommission die Erwartungen erfüllt habe. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Deutschland sei insgesamt mittlerweile unter den Durchschnitt der Europäischen Union (EU) gefallen. Im Einzelnen fordert die Fraktion die Regierung auf, die gesamte deutsche Wirtschaft bei Steuern, Abgaben und Bürokratiekosten nachhaltig und spürbar zu entlasten und spezielle Vorschläge für eine signifikante Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in den neuen Ländern vorzulegen. Notwendig sei darüber hinaus ein neu formuliertes Einkommensteuergesetz, in dessen Zentrum die Steuervereinfachung stehen müsse. Weiter soll die Regierung eine gesetzliche Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit schaffen und das Kündigungsschutzgesetz für Neueinstellungen bei Unternehmen, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, aussetzen. Bei Neueinstellungen müsse auch eine Befristung bis zu vier Jahren möglich sein. Ferner müsse die Regierung die Rahmenbedingungen für den Aufbau eines Niedriglohnssektors schaffen, der auch so genannte einfache Tätigkeiten wieder attraktiv mache. Des Weiteren soll der generelle Teilzeitanspruch auf die notwendige Betreuung von Familienangehörigen reduziert werden. Außerdem müssten die Anreize zur Frühverrentung abgeschafft werden, indem die Altersteilzeitförderung und der erleichterte Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose ebenso aufgehoben werden. Schließlich tritt die Fraktion auch für eine schrittweise Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 5 Prozent durch Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit ein. Hierzu seien die Arbeits- und Struktur Anpassungsmaßnahmen in den alten Ländern vollständig zu streichen, die Mittel für die Personal-Service-Agenturen und „Ich-AGs“ einzustellen und die Förderung der beruflichen Weiterbildung effizienter zu gestalten.

III. Ausschussberatungen

Nach Auffassung der **Fraktion der CDU/CSU** enthält der Antrag die Maßnahmen, die in der Arbeitsmarktpolitik schnellstmöglich beschlossen werden müssten, um die gegenwärtig dramatische Situation zu verbessern. Man könne auch in der Arbeitsmarktpolitik durchaus zu einem effizienteren Mitteleinsatz kommen. Wenn die Koalition die Abwanderung von Arbeitsplätzen stoppen wolle, komme sie im Übrigen auch an betrieblichen Bündnissen für Arbeit nicht vorbei.

Die Vertreter der **Fraktion der FDP** wiesen darauf hin, dass der Antrag einige gute weitreichende Maßnahmen im Arbeitsrecht enthalte. Allerdings habe seine Fraktion eigene, teilweise weitergehende Vorschläge eingebracht. Da der Antrag auch Vorschläge für ein Steuerkonzept enthalte, das nicht den Vorstellungen der FDP entspreche, werde sich die Fraktion der FDP bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Die **Koalitionsfraktionen** verdeutlichten, es sei unseriös, wenn die Oppositionsfraktionen auf der einen Seite massive Leistungskürzungen und die Tatsache beklagten, dass gerade kleinere Bildungsträger nicht mehr genügend Aufträge erhielten und auf der anderen Seite einen Antrag vorlegten,

der zum Ziel habe, diesen Trägern die finanzielle Basis zu entziehen, indem man Beitragssenkungen fordere. Völlig inakzeptabel sei auch, dass die Fraktion der CDU/CSU faktisch die aktive Arbeitsmarktpolitik insbesondere für Ostdeutschland streiche, ohne Alternativvorschläge zu entwickeln.

Berlin, den 30. Juni 2004

Fritz Kuhn
Berichterstatter